



## Suchergebnisse: Verhandlung

### **März 1407 – Der Ruf nach der Einberufung eines allgemeinen Konzils wird immer lauter**

Savona \* Das Schisma wird von Anfang an als Skandal empfunden, weshalb man erhebliche Anstrengungen unternimmt, die Kircheneinheit wieder herzustellen. Deshalb wird der Ruf nach der Einberufung eines allgemeinen Konzils immer lauter. In Savona kommt es zu Verhandlungen zwischen den beiden Machtblöcken.

### **1431 – Drei Ratsmitglieder reisen mit Wein zu Verhandlungen nach Straubing**

München - Straubing \* Als drei Ratsmitglieder zu Verhandlungen nach Straubing abgesandt werden, gibt man ihnen ein ansehnliches Quantum „Malvasier“ und „Romanier“ mit, damit sie entsprechend „witzig und schlagfertig“ sind und von den „herzoglichen Räten“ nicht übertroffen werden.

### **18. Oktober 1566 – Papst Pius V. genehmigt die Resignation des Freisinger Bischofs**

Rom-Vatikan - Freising \* Nach längeren Verhandlungen genehmigt Papst Pius V. die Resignation [= freiwilliger Amtsverzicht] des Freisinger Bischofs Moritz von Sandizell. Damit kann der elfjährige Baiernprinz Ernst zum Bischof von Freising gewählt werden.

### **19. April 1600 – Die „Inquisitoren“ nehmen sich den Vater Paulus Pämb vor**

München-Graggenau \* Die Inquisitoren nehmen sich den Vater Paulus Pämb vor. Er kommt an den Wippgalgen, bei dem man an nach hinten gestreckten Armen und einem Gewicht an den Füßen hochgezogen wird. Auch sein Widerstand bricht schnell und er bestätigt jede nur mögliche Grausamkeit, die man ihm und seinen erwachsenen Söhnen unterstellt. Die Verhandlungsführer gehen immer nach dem gleichen Muster vor. Die gewünschten Antworten werden quasi vorformuliert und müssen von dem Opfer nur noch bestätigt werden. Was dann im Geständnis steht, ist also in der Regel der Phantasie der Befrager entsprungen.



### **10. Juni 1633 – Zwei Schwedengeisel kehren nicht mehr zurück**

Augsburg \* Eine Münchner und eine Landshuter Schwedengeisel kehren trotz ihres gegebenen Ehrenwortes von einem Verhandlungsauftrag nicht mehr zurück. Das verärgert die Schweden noch mehr.

---

### **18. Februar 1634 – Augsburger Geldgeber verbessern die Lage der Schweden-Geiseln**

Augsburg \* Bei Verhandlungen zwischen baierischen und schwedischen Vertretern einigt man sich, dass der Rest der Brandschatzungssumme in Salz abgegolten werden kann. Augsburger Geldgeber erklären sich bereit, für 49.765 Scheiben Salz den Schweden die Summe von 140.000 Reichstaler zu bezahlen. Damit verbessert sich die Lage der Schweden-Geiseln.

---

### **1648 – Der Kalender wird zur weltlichen Angelegenheit erklärt**

Osnabrück \* Bei den Osnabrücker Friedensverhandlungen wird der Kalender zur weltlichen Angelegenheit erklärt.

---

### **16. Januar 1680 – Baierisch-französische Heiratsverhandlungen**

Versailles - München \* Herzog von Croque wirbt als außerordentlicher Botschafter König Ludwigs XIV. von Frankreich in München um die Hand der Prinzessin Maria Anna Christina für den französischen Thronfolger Ludwig, Dauphin de Viennois.

---

### **10. März 1681 – Bündnisverhandlungen am Wallfahrtsort**

Altötting \* Es kommt zu einem Gespräch zwischen dem Kaiserpaar und den drei Wittelsbachern. Zum Abschied übergibt Leopold I. dem Kurfürsten Max Emanuel einen mit Diamanten besetzten Degen. Nach einem gemeinsamen Besuch der heiligen Messe in der Gnadenkapelle nimmt man auf dem Kapellplatz öffentlich voneinander Abschied. Die vielen Freundlichkeiten, die Leopold I. dem Kurfürsten erwiesen hat, verfehlen nicht den Zweck, für den sie berechnet waren: Max Emanuel lässt sich politisch auf die Seite Habsburgs ziehen, weg von Frankreich.

---



### **15. Januar 1682 – Bündnisverhandlungen wegen der Türkeengefahr**

München - Wien \* Kurfürst Max Emanuel erklärt dem kaiserlichen Gesandten in München seine Bereitschaft zu Bündnisverhandlungen. Nicht verkennen darf man dabei freilich, dass dies auch im elementaren Interesse Baierns war, schließlich trennten nur die Länder des Hauses Habsburg damals das kleine Kurfürstentum vom Machtbereich der gefürchteten Türken.

---

### **26. Januar 1683 – Ein österreichisch-baierisches Bündnis gegen die Osmanen**

München - Wien \* Dem Treffen von Altötting vom März 1681 folgen langwierige Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und den baierischen Abgesandten, die letztlich in einem Defensivbündnis enden, in dem sich das Kurfürstentum Bayern verpflichtet, in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Osmanen ein Truppenkontingent von 8.000 Mann zu stellen. Bayern kann die Zusage aushandeln, dass das Land jährlich Subsidienzahlungen in Höhe von 250.000 Gulden, im Kriegsfall von 450.000 Gulden, erhält. Da jedoch vorhersehbar ist, dass Wien - in Anbetracht der politischen Lage, der sonstigen Verpflichtungen und der verstärkten Kriegsanstrengungen gegen die Osmanen - diese Summe nie aufbringen kann, verlangen die kurfürstlichen Verhandlungsführer Sicherheiten. Das waren die Einkünfte der Grafschaft Neuburg am Inn, der Markgrafschaft Burgau und des Mautamtes Tarvis. Das Ziel ist eine spätere Gebietserweiterung um die Ämter Kufstein und Rattenberg. Der Bündnisvertrag bedeutet jedoch keinesfalls die völlige Abkehr von Frankreich. Zwar werden sich die politischen Beziehungen zwischen München und Paris ein wenig abkühlen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Beziehungen wurden jedoch kaum beeinträchtigt.

---

### **31. März 1683 – Die türkische Armee sammelt sich bei Adrianopel**

Edirne \* Die Osmanische Armee sammelt sich bei Adrianopel [= heute: Edirne] mit 168.000 Mann und 300 Geschützen. Es ist das größte Heer, das die Türken jemals aufgestellt haben.&nbsp;Der baierisch-österreichische Vertrag vom 26. Januar 1683 war damit - wenn auch nach langen und zähen Verhandlungen - gerade noch rechtzeitig zustande gekommen.&nbsp;

---

### **Oktober 1684 – Die Heiratsverhandlungen beginnen**

Wien - München \* Die Heiratsverhandlungen der baierischen Räte über eine Verehelichung des



Kurfürsten Max Emanuel mit der Erzherzogin Maria Antonia beginnen. Sie dauern bis zum Frühjahr 1685.

---

### **12. April 1685 – Ehevertrag zwischen Max Emanuel und Maria Antonia**

München - Wien \* Gleich nach dem Abzug aus Buda/Ofen am 30. Oktober 1684 beginnen die Heiratsverhandlungen über eine Vermählung Max Emanuels mit der österreichischen Erzherzogin Maria Antonia, der Tochter Kaisers Leopolds I.. Am 12. April 1685 wird der Ehevertrag unterzeichnet. 

---

### **16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände**

Burghausen \* Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer, dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Baiern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

---

### **Dezember 1709 – Die Verhandlungen Max Emanuels über einen Separatfrieden beginnen**

??? \* Die Verhandlungen Max Emanuels über einen Separatfrieden beginnen. Sie dauern bis Anfang 1710 - und scheitern.

---



### **8. Januar 1710 – Der Kaiser unterstützt den Bau der Dreifaltigkeitskirche**

München - Wien \* Die Kaiserliche Administration informiert Kaiser Joseph I. in Wien von dem Wunsch der Münchner, um Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche. Der Kaiser zeigt starkes Interesse an diesem Bau, will mit einer Abordnung sogar an der Konferenz zum Bau der Dreifaltigkeitskirche teilnehmen und kündigt die finanzielle und materielle Unterstützung der Besatzungsmacht an. In der Folge und während der gesamten Bauzeit tritt die in der Münchner Herzog-Max-Burg stationierte Kaiserliche Administration als Korrespondenzpartner auf, denn es waren Verhandlungen mit der Landschaft, dem Rat der Stadt, der Baudeputation, dem Geistlichen Rat und dem Kaiserhaus in Wien zu führen.

---

### **11. April 1713 – Friedensverhandlungen von Utrecht ohne den Kaiser**

Utrecht \* Großbritannien nimmt mit Frankreich Friedensverhandlungen auf. Während Frankreich, England, Holland, Savoyen, Portugal und Preußen den Vertrag von Utrecht unterzeichnen, verweigert der kaiserliche Gesandte die Unterschrift. Das spanisch-habsburgische Riesensystem wird nicht wiederhergestellt. Spanien bleibt in den Händen der französischen Bourbonen, darf aber keinesfalls mit Frankreich vereinigt werden. Die Spanischen Niederlande fallen an den Kaiser, Holland erhält einige Sperrfestungen gegenüber Frankreich und besetzt die Gegenküste zum Inselreich. Die italienischen Besitzungen Spaniens fallen an Österreich, Sizilien aber an das Haus Savoyen. Der bayerische Kurfürst wird wieder - mit dem Rang eines neunten Kurfürsten - in seine Herrschaft und Länder - außer der Oberpfalz - eingesetzt. Die Erhebung Preußens zum Königreich wird anerkannt.

---

### **6. März 1714 – Der Frieden von Rastatt**

Rastatt \* Da der Kaiser dem Frieden von Utrecht nicht beigetreten ist, bleibt der Oberrhein Kriegsschauplatz. Hier finden die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser statt. Die beiden Heerführer, Prinz Eugen von Savoyen für den Kaiser und der französische Marschall Claude-Louis-Hector de Villars, führen ihre Verhandlungen im badischen Rastatt. Kaiser Carl VI. sieht sich dann aber gezwungen, auf der Grundlage des Utrechter Friedens den Frieden von Rastatt abzuschließen. Das bedeutet, dass das Elsass bei Frankreich bleibt, Österreich dafür die Herrschaft über die Lombardei, Neapel und Sardinien behält. Kurfürst Max Emanuel wird wieder in seine Rechte und Ehren eingesetzt, ja selbst die Oberpfalz bekommt er wieder. Und er darf wieder nach Bayern zurückkehren; doch das stellt für ihn die am wenigsten wünschenswerte Option dar. Auch Sein Bruder Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, kann wieder



seine Funktionen ausüben.

### **1750 – Die Isarbrücken werden aus Stein erbaut**

München \* Die Münchner und die Besucher der bayerischen Haupt- und Residenzstadt haben von Notbrücken die Nase endgültig voll und erwarten eine angemessene Zufahrt nach München. Nach langwierigen Verhandlungen einigt man sich auf die Ausführung der beiden Brücken aus Stein. Zur Finanzierung wird ein Bierpfennig für sechs Jahre bewilligt. Die Arbeiten beginnen 1750 an der Großen Isar. Man baute dazu Widerlager aus Stein ein, führt den restlichen Bau dann aber in Holz aus. Die Arbeiten an der Kleinen Isar werden ebenfalls begonnen.

### **23. September 1795 – Einige Hundert verärgerte Münchner fordern eine Getreide-Ausfuhrsperr**

München • Nachdem zwei Tage zuvor das Gerücht in Umlauf gesetzt worden war, dass mehrere Tausend Scheffel Getreide ausgeführt werden sollen, versammeln sich einige Hundert verärgerte Menschen vor dem Rathaus und fordern vom Magistrat das energische Eintreten für eine Getreide-Ausfuhrsperr. Eine Delegation begibt sich zum Kurfürsten, der wegen der Vorgänge einen Theaterbesuch absagen muss und schon deshalb zu hartem Vorgehen entschlossen ist. Er lässt seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzen, die Stadttore verschließen und in den Straßen berittenes Militär patrouillieren. Auf Vermittlung der Kurfürstin-Witwe Maria Anna empfängt Carl Theodor die Delegation. Obwohl der Kurfürst die Verhandlungen verzögern möchte, können die Bürgervertreter dennoch Sofortmaßnahmen durchsetzen.

### **2. September 1796 – Bürgermeister Philipp von Hepp kann wieder nach München zurückkehre**

München \* Die sechsköpfige Delegation unter der Führung von Bürgermeister Philipp von Hepp kann nach den Verhandlungen mit der französischen Revolutionsarmee wieder nach München heimkehren.

### **9. Februar 1801 – Der Frieden von Lunéville**

Lunéville \* Der Waffenstillstand von Steyr vom 25. Dezember 1800 mündet in den Frieden von Lunéville. Österreich und seine deutschen Verbündeten scheiden damit aus dem Zweiten Koalitionskrieg aus. Bei diesen Friedensverhandlungen versuchen die Österreicher von



Frankreich die Zustimmung für die Angliederung Baierns zu bekommen. Ob Preußen oder Österreich, alle schauen nur auf ihren eigenen Vorteil. Das Interesse der Verbündeten bleibt dabei freilich auf der Strecke. Als allerdings diese habsburgischen Annexionsbegehren in Baiern ruchbar wird, ist es verständlicherweise mit der Loyalität gegenüber dem Bündnispartner nicht mehr allzu weit her. Alte, tief verankerte Vorurteile kommen wieder hoch und verstärken sich. Das Kurfürstentum Baiern steht mit dem Rücken an der Wand und muss sich nun primär um seine Existenzsicherung kümmern.&nbsp;

### **24. August 1801 – Ein eigenständiges Baiern soll ein Erstarken Österreichs verhindern**

Paris \* Während Österreich Baiern nur als Manövriermasse ansieht, ist Napoleon an einem an seiner Seite stehenden eigenständigen Staat Baiern interessiert, der ein Erstarken Österreichs behindern soll. Dazu schließt der baierische Kurfürst in Paris den separaten Friedensvertrag mit der Republik Frankreich ab. Der Vertrag sagt Baiern die territoriale Unverletzbarkeit seiner rechtsrheinischen Gebiete sowie Unterstützung bei den Entschädigungsverhandlungen zu.

### **25. August 1805 – Geheimverhandlungen im Bogenhausener Schloss Stepperg**

Bogenhausen \* Angesichts des heraufziehenden Dritten Koalitionskriegs erneuern Baiern und Frankreich ihr Bündnis im Vertrag von Bogenhausen. Ort der Verhandlungen ist Schloss Stepperg, das Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas als Landsitz nutzt. Die Geheimverhandlungen zwischen dem französischen Abgesandten und Minister Montgelas werden mit einem baierischen Bündniswechsel zu Frankreich in einem vorläufigen Vertrag abgeschlossen. Er beendet die Koalition mit Österreich und Russland. Napoleon sagt Baiern weitere Gebietszuwächse im Falle eines Sieges zu. Dafür verpflichtet sich das Kurfürstentum Baiern zur Stellung von 20.000 Mann. Neben Baiern schließt Napoleon Verträge mit weiteren süddeutschen Mitgliedern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Seine Verbündeten werden Baiern, Württemberg, Baden und Hanau. Napoleon Bonaparte schließt mit diesen die Verträge von Bogenhausen, Baden-Baden und Ludwigsburg. Die baierische Regierung erhofft sich nach den Erfahrungen der beiden letzten Kriege von Frankreich eine wesentlich bessere Behandlung als von den kaiserlichen Österreichern. Um aber die Österreicher nicht unnötig herauszufordern, wird das Bündnis mit Frankreich zunächst noch geheim gehalten. Die baierische Abneigung gegenüber Österreich soll sich jedoch bald bestätigen.

### **6. September 1805 – Die österreichische Armee belagert Schloss Nymphenburg**



Schloss Nymphenburg \* Einhundert österreichische Husaren und Dragoner umzingeln - unter der Leitung des kaiserlichen Feldmarschalls Carl Philipp Fürst zu Schwarzenberg - Schloss Nymphenburg. Sie nötigen den sich dort aufhaltenden Kurfürsten Max IV. Joseph „ultimativ“ zum Eintritt in die antifranzösische Koalition. Zur Unterstreichung seiner Forderung lässt der Feldmarschall das Schloss umstellen und von München abriegeln, worüber die bayerische Bevölkerung entsetzt ist. Offensichtlich will der Kurfürst, der den Vertrag von Bogenhausen noch nicht unterschrieben hat, schon dem österreichischen Drängen nachgeben, als Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ernsthaft mit seinem Rücktritt vom Amt des Außenministers droht. Dem Kurfürsten und seinem leitenden Minister gelingt es immerhin, die Verhandlungen mit dem österreichischen Bevollmächtigten zu verzögern und die Österreicher über die bayerischen Absichten bis zum 9. September im Unklaren zu lassen. Unter dem Vorwand, den gerade in Frankreich weilenden Kronprinzen Ludwig nicht zu gefährden, erzielt Max IV. Joseph einen Zeitaufschub. Bis dahin hat die kurfürstliche Familie die Haupt- und Residenzstadt München heimlich in Richtung Würzburg verlassen. Auch die bayerische Armee war inzwischen in Franken und in der Oberpfalz zusammengezogen worden.

---

## **1806 – Das Königreich Bayern beginnt Verhandlungen über ein Konkordat**

München - Rom-Vatikan \* Das Königreich Bayern beginnt mit dem Vatikan Verhandlungen über ein Konkordat. Die Gespräche werden jedoch im darauffolgenden Jahr wieder abgesetzt.

---

### **1. Januar 1806 – München als Ort der Eheschließung**

München-Graggenau \* Der Brautvater, König Max I. Joseph, hat zwei Forderungen: Erstens soll der Ort der Trauung zwischen der bayerischen Prinzessin Auguste Amalie mit dem Stiefsohn Napoleons, Eugène Beauharnais, soll München und nicht Paris sein. Zum Zweiten soll sein zukünftiger Schwiegersohn die Krone von Italien erhalten. Mit der Verhandlung wird Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas beauftragt, der München als Ort der Eheschließung durchsetzen kann, allerdings an der Erhebung Eugènes zum König Italiens scheitert. Immerhin bleibt er aber Vizekönig.

---

## **18. September 1814 – Der Wiener Kongress regelt die Neuordnung Europas**

Wien \* Der Wiener Kongress beginnt. Er tagt bis zum 9. Juni 1815. Im Mittelpunkt der vom österreichischen Staatskanzler Fürst Clemens Metternich geleiteten und unter



starkem Einfluss des Zaren Alexander I. und England stehenden Verhandlungen steht die Neuordnung Europas nach den Befreiungskriegen und dem Zusammenbruch des napoleonischen Herrschaftssystems. Ein wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung der europäischen Politik ist die Schaffung einer neuen Friedensordnung, die der Wiener Kongress vornehmlich dadurch umzusetzen versucht, indem er die Macht zwischen den Großmächten ins Gleichgewicht bringen will. Für die Königreiche, darunter Baiern, sowie die Großherzogtümer, Herzogtümer und Grafschaften des Rheinbundes ist vordringlich, dass nach ihrem Wechsel zur antinapoleonischen Allianz die Eigenstaatlichkeit und Souveränität ihrer bestehenden Staaten vertraglich festgeschrieben wird.

## **1816 – Die Konkordats-Verhandlungen werden wieder aufgenommen**

München - Rom-Vatikan \* Die Konkordats-Verhandlungen zwischen dem Königreich Baiern und dem Heiligen Stuhl werden wieder aufgenommen. Bischof Johann Casimir Häffelin führt als bayerischer Gesandter die Gespräche in Rom. Und obwohl er als ein „Mann der katholischen Aufklärung“ gilt, kommt er der römischen Kurie so weit entgegen, sodass die Regierung in München mehrere Konkordats-Entwürfe ablehnen muss.

## **7. Dezember 1816 – Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für unannehmbar erklärt**

München \* Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für „unannehmbar“ erklärt. Noch während der Regierungszeit des Grafen von Montgelas wurden Verhandlungen mit der päpstlichen Administration über die Neuordnung der Kirchenverhältnisse in die Wege geleitet. Anno 1807 stellte man die Gespräche ein, bis im Jahr 1816 der Bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Bischof Kasimir Freiherr von Häfflein, in neue Konkordats-Verhandlungen eintrat. Da aber die Positionen der bayerischen Regierung und dem wieder erstarkten, selbstbewussten Papsttum nur schwer zu vereinbaren sind, schlägt Bayern als einzigen Gegenstand der Verhandlungen die Neufestsetzung der Diözesangrenzen und die Regelung zur Besetzung der Bischofsstühle vor.

Die Grenzen der Diözese stimmen nicht mit den Landesgrenzen überein, weshalb Bayern eine geschlossene territoriale Kirchenorganisation will und auf einen maximalen Einfluss bei der Besetzung der Bischofsstühle und damit indirekt auch auf die Pfarreien drängt. Eine Preisgabe der bisher ausgeübten staatlichen Kirchenhoheit kommt für die Regierung Montgelas nicht in Frage.

## **2. Februar 1817 – Die Konkordats-Verhandlungen nehmen einen völlig anderen Verlauf**



München - Rom-Vatikan \* Als Minister Maximilian Joseph von Montgelas gestürzt wird, nehmen die Konkordats-Verhandlungen einen völlig anderen Verlauf. 

---

### **10. Mai 1817 – Die Regierung macht kleinere Zugeständnisse zum Konkordat**

München-Kreuzviertel \* Die bayerische Regierung macht einige kleinere Zugeständnisse am Verhandlungsergebnis zum Konkordat.

---

### **31. August 1819 – Der österreichische Staatskanzler gegen die bayerische Verfassung**

Karlsbad \* Der österreichische Staatskanzler Clemens Menzel Fürst von Metternich will in den Karlsbader Verhandlungen vom 6. bis 31. August 1819 nicht nur die Souveränität des Königreichs Bayern, sondern auch die liberalen Errungenschaften der Bayerischen Verfassung ernsthaft bedrohen. Es ist hauptsächlich Kronprinz Ludwig, der mit vehementem Einsatz die Errungenschaften verteidigen und bewahren kann - auch gegenüber seinem Vater.

---

### **1836 – Haberer werden zu Arreststrafen und Rutenhiebe verurteilt**

Miesbach \* Es kommt zur Verhandlung zum Maxhofener Haberfeldtreiben vom 19. zum 20. April 1834, bei der die Tötungsabsicht an Kaspar Schnitzenbaumer im Mittelpunkt steht. 43 Personen werden zu Arreststrafen und weitere 32 zu Rutenhieben verurteilt.

---

### **1837 – Das unzweckmäßige Postgebäude soll verkauft werden**

München-Graggenau \* Noch vor der offiziellen Eröffnung gibt es Verkaufsüberlegungen für das unzweckmäßige Postgebäude. Der Bayerische Gesandte in Hannover meldet, dass ein dortiger Hotelier, der zuvor Schiffskapitän war, die umstrittene Immobilie zu einem in Deutschland einzigartigen Gasthof der ersten Größe umgestalten will. Die Verhandlungen scheitern aber letztlich am hohen Kaufpreis und an der Forderung, dass ohne königliche Genehmigung nichts an der Fassade geändert werden darf.

---

### **14. November 1842 – Die Stände-Versammlung erhält ein Mitspracherecht**



München-Kreuzviertel \* Die nächste Stände-Versammlung dauert vom 14. November 1842 bis zum 30. August 1843. Sie ist zu Beginn überschattet vom Ausschluss mehrerer Abgeordneter, hauptsächlich aus der Pfalz. Den Schwerpunkt der Verhandlungen bildet wiederholt die Frage der „Erübrigungen“, deren Summe seit dem Jahr 1837 auf fast 30 Millionen Gulden angewachsen ist, und die der König ohne Beteiligung der Volksvertretung für sich beanspruchen will. Eingespart wurden diese Gelder zum größten Teil bei Infrastrukturmaßnahmen. Dabei war der Zustand der Straßen so katastrophal, dass man amüsiert feststellte, man könne bald nicht mehr zu den Prachtbauten Ludwigs gelangen. Doch der öffentliche Straßenbau interessierte den König nicht, da ihm sonst nicht genügend Geld für „seine Sachen“ bleibt. Zudem wird bei der Verwaltung und den Bildungseinrichtungen gespart. Der Bildungsetat bleibt dreißig Jahre lang gleich und beträgt für ganz Bayern nur ein Viertel der Zivilliste für das Königshaus. Das Ergebnis der Stände-Versammlung ist das sogenannte „Verfassungsverständnis“, in dem der König seinen Anspruch auf die alleinige Verfügungsmacht über die „Erübrigungen“ aufgeben muss. Das Parlament erhält bei der Verwendung der Gelder ein Mitspracherecht und geht aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervor.

## **9. Mai 1843 – Die Frauen vom guten Hirten kaufen das Schlösschen Haidenau**

Haidhausen \* Die selbstständige Gemeinde Haidhausen schließt mit dem Münchner Privatier Willibald Brodmann einen provisorischen Kaufvertrag für das Schlösschen Haidenau., um dort ein Krankenhaus zu erbauen. 9.200 Gulden soll das Anwesen kosten. Doch gegen diese Pläne wehren sich die Frauen vom guten Hirten. Sie werden von König Ludwig I. unterstützt. Deshalb tritt der Nonnenorden mit Willibald Brodmann in Verhandlungen und überbietet das Preisgebot der Gemeinde Haidhausen um 800 Gulden. Das Schloss Haidenau wird danach umgehend abgerissen.

## **10. Februar 1848 – Bürgerprotest bei König Ludwig I.**

München \* Doch jetzt werden die Münchner richtig sauer. Die Bürgerschaft sieht sich in ihrem „friedlichen Handel und Wandel“ bedroht und übernimmt die Forderungen der Studenten. Steine fliegen, Militär sichert das Palais der Montez. Tausend Bürger eilen zum Rathaus und von dort zur Residenz und fordern die Wiedereröffnung der Universität. Bürgermeister Kaspar von Steinsdorf nimmt die Protestadresse der Münchner Bürger entgegen und setzt - begleitet von 2.000 angesehenen Münchner Bürgern - eine Audienz beim König durch. Eine Deputation, bestehend aus sieben Vertretern, will mit dem König sprechen, der jedoch einen Empfang der Abordnung kategorisch ablehnt und nur unter großem Einsatz seiner



Familienmitglieder dazu überredet werden kann. &nbsp; Bei den Verhandlungen lehnt König Ludwig I. jegliches Zugeständnis kategorisch ab und droht der Stadt im Umkehrschluss mit der Verlegung der Residenz&nbsp;an einen anderen Ort. Cholerisch verabschiedet er die Mitglieder der Deputation: „Es bleibt dabei, ich lasse mich nicht schrecken; man kann mir mein Leben nehmen, aber meinen Willen nicht.&nbsp;Meinen gefassten Entschluss werden Sie alsbald durch das Ministerium und schriftlich erhalten.“&nbsp;

## **Juli 1852 – Aufträge zur Anfertigung von Musterfassaden für die neue Straße**

München-Graggenau - München-Lehel \* König Max II. gibt den Architekten Bürklein, Gottreu, Riedel, Voit und Ziebland Aufträge zur Anfertigung von Musterfassaden für die neue Straße. Dass sich der König statt an einen, an mehrere Architekten wendet, ist vorbildlich. Doch er macht wieder den Fehler, den Architekten bindende, alle Einzelheiten festlegende Vorschriften vorzugeben und damit jede Bewegungsfreiheit und Kreativität der Fachleute einzuengen. Damit macht er eine unabhängige Lösung des Problems unmöglich. Kein Wunder, dass die Ergebnisse ziemlich gleich sind und den Wünschen des Königs entsprechen. Bürkleins Vorschläge finden volles Lob und Anerkennung, weshalb er den Sieg davonträgt. Um das Projekt zu beschleunigen und die Verhandlungen über die Grundstückskäufe in Gang zu bringen, stellt König Max II. den notwendigen Betrag zunächst aus seiner Privatkasse zur Verfügung, sodass die ersten Verhandlungen über die Grundstückskäufe aufgenommen werden können. Die Ankäufe gehen rasch und reibungslos vor sich. Auch deshalb, weil sich der König - entgegen seiner sonst üblichen Sparsamkeit - sehr großzügig zeigt. Er will eben den Bau seines „Prachtboulevards“ möglichst schnell umgesetzt sehen. Freilich möchte der Bayernherrscher auch, dass auch die Stadt zur finanziellen Beteiligung herangezogen wird, da sie ja immerhin der Hauptnutznießer des Bauvorhabens ist. Bei der künstlerischen Ausgestaltung der Prachtstraße soll die Obrigkeit der Stadtgemeinde allerdings keinerlei Mitspracherechte haben. Nur die Herstellung des Straßenkörpers will ihr der Regent überlassen.

## **10. November 1865 – Ein neuer Streckenverlauf wird festgelegt**

München-Untergiesing \* Nur wenige Monate vor dem Ende des dreijährigen österreichischen Verhandlungsmarathons, legt sich die Generaldirektion der Kgl. Bayerischen Staatseisenbahnen auf einen anderen Streckenverlauf fest. Nach diesem sollte, um den Umweg über die Großhesseloher Brücke zu umgehen, bereits in Friedenheim eine Trasse von der Hauptstrecke München - Augsburg abzweigen und über Untersending und einer neu zu erbauenden Isarbrücke nach Untergiesing und von dort weiter nach Haidhausen führen. Diese



Streckenführung ist gar nicht so revolutionär, da schon bei der Projektierung der Strecke München - Salzburg in der 1850er-Jahren dieser Verlauf zum Teil angedacht worden war. Allerdings würde die neue Bahntrasse doppelt so teuer wie die ursprüngliche sein. Die Planer können aber darstellen, dass die Bahnstrecke zehn Kilometer kürzer ist und außerdem weniger Steigungen überwinden muss. Dadurch entsteht nicht nur eine enorme Zeitersparnis, sondern gleichzeitig ein beträchtlich verringerter Energieverbrauch. Den Mehraufwand für die neue Brücke von 800.000 Gulden kann man in Kauf nehmen, da sich die erhöhten Baukosten bereits innerhalb weniger Jahre wieder amortisieren.

---

## **30. Januar 1866 – Mittelersuchen für einen Synagogen-Neubau**

München \* Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

---

## **12. September 1870 – Bayern will Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bund**

München - Berlin \* Der Ministerrat erbittet von König Ludwig II. die Ermächtigung, mit dem Norddeutschen Bund über eine verfassungsrechtliche Verbindung zu verhandeln. Dabei lehnt das Königreich Bayern einen Beitritt zum Norddeutschen Bund ab, stellt aber einen offiziellen Antrag auf Verhandlungen, um im Falle einer Reichsgründung möglichst viele Sonderrechte [= Reservatsrechte] zu erringen. Zudem fordert Bayern von Preußen die Rückzahlung der Kriegsentschädigung von 1866, den vollständigen Ersatz aller im gegenwärtigen Krieg anfallenden Kosten, den Verzicht auf die Düsseldorfer Galerie, auf die Preußen im Jahr 1866 Anspruch erhoben hatte, und einen Gebietszuwachs im Anschluss an die Pfalz.

---

## **13. September 1870 – Ein Programm zum raschen Beitritt Bayerns**

Berlin - München \* Rudolph von Delbrück, der Präsident des Bundeskanzleramtes und Bismarcks Beauftragter für die Verhandlungen mit Württemberg und Bayern, legt ein Programm zum raschen Beitritt Bayerns vor. Das Deutsche Reich soll ein föderaler Staatenbund auf Grundlage des Norddeutschen Bundes werden, dem die Süddeutschen beitreten, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Daraufhin gibt König Ludwig II. dem Kanzler des Norddeutschen Bundes und

---



preußischen Ministerpräsidenten, Otto von Bismarck, seine Bereitschaft zu einem Verfassungsbündnis bekannt.

---

### **19. September 1870 – Erste Friedensverhandlungen in Ferrières-en-Brie**

Ferrières-en-Brie • Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck und Jules Favre, Außenminister und Repräsentant der französischen republikanischen Regierung, verhandeln im deutschen Hauptquartier in Ferrières-en-Brie über einen möglichen Friedensschluss. Bismarck bietet Favre einen 14-tägigen Waffenstillstand an. In dieser Zeit könnten die Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung stattfinden. Er erhofft sich damit ein Wahlergebnis, das eine monarchisch orientierte Mehrheit hervorbringt und ihm die Verhandlungen erleichtert. Favre lehnt jedwede Abtretung französischen Territoriums ab, Bismarck besteht darauf, dass Straßburg und das Elsass deutsch werden muss.

---

### **23. September 1870 – Die Friedensverhandlungen werden ergebnislos beendet**

Ferrières-en-Brie • Die Verhandlungen über einen Friedensschluss zwischen Otto von Bismarck und Jules Favre werden ergebnislos abgebrochen.

---

### **17. Januar 1871 – Der angehende Kaiser flippt aus**

Versailles • Dass der Norddeutsche Bund den Titel „deutscher Kaiser“ beschlossen hat, verärgerte den Preußenkönig Wilhelm I. derart, dass er noch bei den Schlussberatungen einen Tag vor der Proklamierung erklärt, „er wolle Kaiser von Deutschland oder gar nicht Kaiser sein“. Weder Bismarck noch Wilhelms Sohn können ihn überzeugen. Im Gegenteil: „Im höchsten Zorn sprang der König schließlich auf, brach die Verhandlungen ab und erklärte, von der morgen angesetzten Feier nichts mehr hören zu wollen.“

---

### **15. Februar 1871 – Weitreichende deutsche Forderungen**

Bordeaux - Versailles • Die deutschen und die französischen Verhandlungsführer einigen sich auf eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 26. Februar und weiten ihn auf ganz Frankreich aus. Das Deutsche Reich forderte von Frankreich das Elsass und Teile von Lothringen, dazu eine Entschädigung von sechs Milliarden Goldfranc sowie eine Parade der deutschen Truppen

---



in Paris. Die Besetzung der Stadt sollte bis zur Unterzeichnung eines vorläufigen Friedensvertrages anhalten. Bis zur Abwicklung der vollständigen Zahlung - vorgesehen ist der 2. März 1874 - sollen deutsche Truppen stationiert bleiben und Teile des Landes besetzen.&nbsp;

## **1. Mai 1883 – Heinrich Vogelsang erwirbt die heutige Lüderitzbucht**

Deutsch-Südwestafrika \* Der 22 Jahre alte Kaufmannsgehilfe Heinrich Vogelsang erwirbt im Auftrag des Bremer Tabakhändlers Adolf Lüderitz die Bucht von Angra Pequena, die heutige Lüderitzbucht in Deutsch-Südwestafrika, und ein zirka 40 Meilen langes und 20 Meilen tiefes Landstück, um darauf einen Handelsposten zu errichten. Das Land gehörte bis dahin dem Volk der Nama in Bethanien. Vogelsangs Verhandlungspartner war Josef Frederiks II.. Der vereinbarte Kaufpreis für das circa 70 mal 35 Kilometer große Gebiet beträgt 250 alte Gewehre und 100 englische Pfund. Adolf Lüderitz hoffte auf dem - allgemein als wertlos angesehenen - Land, das sich um die Bucht herum erstreckte, Bodenschätze zu finden. Nach dem Vertragsabschluss wird dem Verkäufer jedoch erklärt, dass es sich nicht um englische Meilen [= 1,609 Kilometer], sondern selbstverständlich um preußische Meilen zu 7,532 Kilometer handelte. Josef Frederik II. hatte damit einen Großteil seines Stammesgebietes von rund 300 mal 150 Kilometer an Heinrich Vogelsang verkauft. Adolf Lüderitz beansprucht fortan ein um das sechszehnfache größeres Gebiet. Die Nama fühlten sich von den Deutschen zurecht getäuscht, konnten sich aber trotz ihrer Proteste nicht durchsetzen. Dieser Handel ging als „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein.

## **1884 – Verhandlungen über den Verkauf der Alten Isarkaserne**

Isarvorstadt - Museumsinsel \* Die Verhandlungen über den Verkauf der Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel mit der Münchner Stadtverwaltung werden aufgenommen und 1888 abgeschlossen.

## **23. März 1886 – Ein Gutachten soll die Geisteskrankheit des Königs beweisen**

München \* Da König Ludwig II. kein Verständnis für die Forderungen nach Sanierung des königlichen Haushalts&nbsp;aufbringt und er sich auch sonst als beratungsresistent&nbsp;zeigt, beauftragt der Bayerische Ministerpräsident&nbsp;Freiherr Johann von Lutz den Psychiater&nbsp;und Leiter der Kreisirrenanstalt von München und Oberbayern, Dr. Bernhard von Gudden, mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens, das die Geisteskrankheit



und Handlungsunfähigkeit des Königs beweisen soll. Vor der Erteilung des Auftrags muss der Ministerpräsident aber erst die Einwilligung des Hauses Wittelsbach einholen. Und nachdem Ludwigs Bruder Otto wegen seiner Geisteskrankheit als Verhandlungspartner ausscheidet, wendet sich der Regierungschef an dessen Onkel, den Prinzen Luitpold. Dieser gibt nach langem Zögern seine Zustimmung, hätte es aber lieber gesehen, wenn sein Neffe von sich aus abdanken würde. Mit Reichskanzler Otto von Bismarck wird über das weitere Vorgehen gegen König Ludwig II. Einvernehmen hergestellt, um jede mögliche Intervention und Missbilligung Preußens und des Deutschen Reiches auszuschließen.

### **24. September 1887 – Ahnungslosen Bauern den Grund abgeluxt**

München-Bogenhausen \* Der Königlich geheime Hofrat Ludwig Ritter von Klug und der Bogenhauser Pfarrer Konrad Ettmayr erwerben um 5.800 Mark Acker und Wiesen mit einem Teil einer aufgelassenen Kiesgrube bei den Maximilians-Anlagen. Da dort ein Bauverbot herrscht, kann es um diesen geringen Betrag von den eingesessenen, aber ahnungslosen Bauersleuten Reischl, die sich zudem in einer finanziellen Notlage befinden, erwerben. Die Verhandlungen führt der Pfarrer, der nichts zugunsten der unerfahrenen Bäuerin unternimmt, ihr kein Angebot macht, sondern auf ihren Vorschlag wartet. Die total überforderte Frau, die hauptsächlich mit der Pflege ihres todkranken Mannes beschäftigt ist und in dem Pfarrer den Garanten eines gerechten Preises sieht, wird von dem cleveren Verhandlungsführer gnadenlos über den Tisch gezogen. Hofrat Klug agiert inzwischen unbemerkt im Hintergrund. Auf dem Grundstück wird die Doppelvilla des Hofrats und des Hofintendanten Ernst von Possart entstehen. Die Adresse lautet: Maria-Theresia-Straße 24/25.

### **1891 – Elektrischer Probetrieb auf den Gemeindelinien**

München \* Nach Verhandlungen beschließt der Magistrat die probeweise Einführung eines elektrischen Trambahn-Betriebs auf den beiden Gemeindelinien. Dem Beschluss folgen langwierige Verhandlungen mit allen einschlägigen Behörden sowie den Haus- und Grundbesitzern und auch dem Kgl. Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußeren. Diese geben ihre „Allerhöchste Genehmigung“ nur mit dem Vorbehalt, dass sie jederzeit die „Umstellung des Oberleitungs- auf Akkumulatorenbetrieb“ verlangen dürfen.

### **1. Juli 1891 – Georg von Vollmar (SPD) hält seine sogenannten Eldorado-Reden**



München \* Der bayerische Sozialdemokrat Georg Heinrich von Vollmar hält am 1. und am 6. Juli seine sogenannten „Eldorado-Reden“ [so genannt nach dem Lokal]. Nach dem Auslaufen der „Sozialistengesetze“ - so Vollmar - könne man „den Weg der Verhandlungen betreten und versuchen, auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirtschaftlich und politischer Art herbeizuführen“. Die Idee, eine gewaltsame soziale Revolution sei unvermeidlich, ist damit ebenso aufgegeben wie die Theorie von Karl Marx. Außerhalb Bayerns werden Vollmars Ansichten nur wenig akzeptiert.

---

### **Oktober 1891 – Der Mordprozess gegen das Berliner Ehepaar Heinze beginnt**

Berlin \* Der Mordprozess gegen das Berliner Ehepaar Heinze beginnt. In der Verhandlung wird der Zusammenhang mit Kuppelei und Prostitution hergestellt. Daraus schließt man, dass Obszönität eine der Hauptursache für kriminelles und von der Norm abweichendes Verhalten sei.

---

### **September 1893 – Berufungsprozess enthüllt Machtmissbrauch**

München \* Im Berufungsprozess zwischen Hofrat Ludwig Peter Ritter von Klug und dem Journalisten Wilhelm Bogler stellt das Gericht fest, dass der Kauf, obwohl er durch die „Ausbeutung der Notlage der Verkäufer“ und durch „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ zustande kam, rechtlich nicht zu beanstanden sei. Dennoch erhärtet sich der Vorwurf gegenüber Ritter von Klug, dass er bei Ankauf des Grundstücks - durch Missbrauch seiner amtlichen Stellung - privaten Nutzen gezogen hat. Deshalb wird die Strafe für Wilhelm Bogler wegen Beleidigung auf 300 Mark verringert, vom Vorwurf der verleumderischen Beleidigung wird er freigesprochen. Weitere Details, die den Tatbestand der Vorteilsnahme im Amt erfüllen, kommen im Verlauf der Gerichtsverhandlung ebenso zur Sprache wie das Hinwegsetzen des Klägers über vorhandene Bauvorschriften. Ritter von Klug will vor dem Oberlandesgericht seine Niederlage revidieren - doch dort wird der Fall nicht angenommen. So erlangt das Urteil des Landgerichts München I Rechtskraft. Aufgrund der zeitlichen Abläufe und personellen Verflechtungen muss hier von einer frühen Amigo-Affäre gesprochen werden.

---

### **28. Dezember 1895 – Erste Filmvorführungen im Pariser Grand Café**

Paris \* Die Brüder Louis und Auguste Lumière zeigen im Pariser Grand Café mit einem „Cinematographe“ genannten Gerät „lebende Bilder“. Umgehend nimmt Carl Gabriel Verhandlungen auf und erreicht die Absendung eines Operators nach München.

---



## **28. Februar 1898 – Admiral Tirpitz erhält den Auftrag zum Aufbau einer Kriegsflotte**

Berlin \* Admiral Alfred Peter Friedrich Tirpitz erhält von Kaiser Wilhelm II. den Auftrag, eine Kriegsflotte aufzubauen, um England einzuschüchtern und zu Bündnisverhandlungen zu bewegen.

## **14. November 1901 – Der Prozess gegen den Räuber Mathias Kneißl beginnt**

Augsburg \* Der Prozess gegen den Räuber Mathias Kneißl beginnt vor dem Oberlandesgericht Augsburg. Nach vier Verhandlungstagen fällen die zwölf Geschworenen das Urteil: Mathias Kneißl wird zum Tode verurteilt. Ein eingereichtes Gnadengesuch lehnt Prinzregent Luitpold ab. Der Ablauf des Gerichtsverfahrens und das Urteil selbst sind heftig umstritten.

## **18. Dezember 1905 – Prozess gegen antisemitische Verleumdungen**

München-Maxvorstadt \* Gegen die diffamierenden Angriffe auf die Unionsbrauerei geht deren Eigentümer Joseph Schüle juristisch vor. Am 18. Dezember 1905 verhandelt das Amtsgericht München I im Justizpalast an der Prielmayerstraße die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Bier-Chronik“. Im Verlauf des Verfahrens zeigt sich, dass die gegen die Brauerei erhobenen Vorwürfe jeder sachlichen Grundlage entbehren. Gleichzeitig treten die antisemitischen Motive hinter den Angriffen deutlich zutage. Die Verhandlung macht sichtbar, dass sich die Kritik an der Unionsbrauerei weniger gegen deren Produkte richtet als gegen die jüdische Herkunft ihres Eigentümers. Die Redaktion der „Münchener Bier-Chronik“ wird zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt und muss die Urteilsverkündung veröffentlichen. Ungeachtet dessen reagiert sie mit einem polemischen Nachbericht, der erneut antisemitische Untertöne erkennen lässt.

## **1. Juli 1911 – Das Kanonenboot Panther vor Agadir löst die Zweite Marokkokrise aus**

Agadir \* Das Kanonenboot Panther kreuzt in den Gewässern vor der marokkanischen Hafenstadt Agadir auf. Frankreich und die anderen Großmächte sind total überrascht und natürlich nicht darauf vorbereitet. Frankreich fühlt sich erpresst. Und auch die englische Regierung erklärt, dass sie eine Schwächung ihres Bündnispartners zugunsten Deutschlands keines Falls akzeptieren wird. Damit wird die Zweite Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst. Es kommt zu zähen Verhandlungen, in denen Frankreich einen Zipfel Togos an Deutschland



abtreten muss, den sogenannten „Entenschnabel“. Deutschland erklärt dafür im Gegenzug sein Desinteresse an der französischen Marokkopolitik. Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formulierte es so: „Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg.“

---

## **29. September 1913 – Serbien geht als Sieger aus den beiden Balkankriegen hervor**

Petersburg - Sofia - Konstantinopel - Athen - Belgrad \* Russland greift in die Verhandlungen ein. Im Vertrag von Konstantinopel erhält Bulgarien - mit Russlands Unterstützung - mit Westthrakien doch noch einen Zugang zur Ägäis. Das verursacht einen neuen Konflikt mit Griechenland, das die Region für sich beansprucht. Insgesamt erkämpfen die Balkanstaaten weitere Gebiete der zerfallenden Türkei. Serbien geht als strahlender Sieger aus den beiden Balkankriegen hervor und kann sein Territorium nahezu verdoppeln.

---

## **25. Juli 1917 – Mata Hari wird wegen Spionage und Hochverrat zum Tode verurteilt**

Paris \* Das Militärgericht in Paris fällt nach nur zwei Verhandlungstagen das Urteil gegen Margaretha Geertruida MacLeod, alias Mata Hari. Sie wird wegen Doppelspionage und Hochverrats zum Tode verurteilt.

---

## **22. Dezember 1917 – In Brest-Litowsk beginnen Friedensverhandlungen**

Brest-Litowsk \* In Brest-Litowsk beginnen die Friedensverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der sowjetrussischen Regierung.

---

## **27. Dezember 1917 – Die Deutschen verhandeln für einen Annexionsfrieden**

Brest-Litowsk \* Aus den Erklärungen des deutschen Unterhändlers wird deutlich, dass die Deutschen in den Verhandlungen in Brest-Litowsk keinen Verständigungsfrieden wollen, sondern gezielt auf einen separaten Annexionsfrieden hinarbeiten.

---

## **8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm**



Washington - Berlin \* Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

## 9. Januar 1918 – Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk werden fortgesetzt

Brest-Litowsk \* Die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland werden in Brest-Litowsk fortgesetzt. Die großen Hoffnungen, die man in die Friedensverhandlungen gesetzt hatte, werden bitter enttäuscht. Die harten Bedingungen, die das Deutsche Reich hinsichtlich der Gebietsabtretungen stellt, machen deutlich, dass die deutsche Regierung an einem Verständigungsfrieden nicht interessiert ist. Die Generalität will den Frieden mit Russland nur, um mit den dort frei werdenden Truppen und gestützt auf die Getreide-



und Kohlelieferungen aus den besetzten russischen und ukrainischen Gebieten eine neue Offensive im Westen starten zu können. Für das Deutsche Kaiserreich gibt es nur Sieg oder Niederlage, dazwischen gibt es nichts. So rückt der Frieden in immer weitere Ferne.

### **19. Januar 1918 – Weitreichende Zusagen an den Wiener Arbeiterrat**

Wien \* Angesehene österreichische Sozialdemokraten wie Viktor Adler rufen die Streikenden zur Mäßigung auf und verhandeln mit der Regierung in Wien Verbesserungen aus. Der k.u.k.-Minister des Äußern, Graf Ottokar Czernin von und zu Chudenitz, überreicht einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk keinesfalls an territorialen Forderungen scheitern zu lassen. Ministerpräsident Ernst von Fechtenegg sagt Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes sowie eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes zu.

### **20. Januar 1918 – Die Jännerstreiks werden beendet**

Wien \* Der sozialdemokratische Parteivorstand Österreichs veranlasst eine Regierungserklärung, die zahlreiche Zugeständnisse an die Streikenden enthält. Darunter die Zusicherung, die katastrophale Lebensmittelversorgung zu verbessern und sich um Friedensverhandlungen zu bemühen. Er setzt damit den Beschluss zum Abbruch des Streiks durch. Die Beendigung des Streiks verärgert die radikale Linke, die sich von den Versprechungen nicht beeindruckt lassen will. Die Militärs hätten allerdings nicht davor zurückgeschreckt, mit militärischer Gewalt gegen den Streik und die Streikenden vorzugehen.

### **27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk**

München-Isarvorstadt \* Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht



den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

### **28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen**

München-Schwabing \* In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

### **28. Januar 1918 – Revolutionäre Obleute organisieren in Russland Massenstreiks**

Russland \* Revolutionäre Obleute organisieren in Russland Massenstreiks gegen die annexionistische Verhandlungsführung der Mittelmächte in Brest-Litowsk. Die Streiks dauern bis 4. Februar 1918 an.

### **28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik**



Berlin \* Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massestreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

## **30. Januar 1918 – Die MSPD will eine Eskalation der Ereignisse verhindern**

Berlin \* Der Parteiausschuss der Mehrheits-SPD stimmt der Mitarbeit der drei Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun im Aktionsausschuss zu, um - wie es Scheidemann ausdrückt, ein „nicht zu billigendes, aber verständliches Unternehmen nicht nur in ruhige Bahnen zu lenken, sondern auch durch Verhandlungen mit der Regierung schnellstens zum Ende zu bringen“. Die MSPD versteht sich als die einzige Kraft, die eine Eskalation der Ereignisse verhindern kann.

## **Februar 1918 – Kleinwohnungen oder Villen**

München-Bogenhausen \* Die Baufirma Heilmann & Littmann bietet an, im sogenannten „Fleischerpalast“ 110 Kleinwohnungen zu errichten. Schließlich entschließt man sich jedoch, das Gebäude abzureißen und das Gelände in dreißig Villengrundstücke zu parzellieren. Ein entsprechender Baulinienplan liegt vor, und die Verhandlungen mit dem königlich-bayerischen Pionierbataillon über die Sprengung des Rohbaus sind eingeleitet.

## **2. Februar 1918 – Die Beendigung der Streikmaßnahmen wird beschlossen**



München-Isarvorstadt \* Am Abend finden im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 40/42 Einigungsverhandlungen zwischen den von der USPD geführten Streikenden und der MSPD statt. Sie führen zu keinem Erfolg. Die Streikleitung erklärt sich allerdings mit der MSPD einverstanden, die die Forderungen der Arbeiter der Reichsregierung unterbreiten will. Ebenso ist sie mit der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, dem 4. Februar einverstanden. Letztlich ist es den Behörden - in Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften - gelungen, die Streiks zu beenden.

## **8. Februar 1918 – Eine neue Verhandlungskommission wird gebildet**

München \* Die am 3. Februar gewählte Deputation, die die Forderungen vom 2. Februar der Regierung vortragen soll, wird durch eine neue Kommission ersetzt. Dazu wird eine Sitzung der Arbeiterausschüsse von 34 Münchner Betrieben einberufen. Diese wählen eine Kommission, die aus elf Betriebsvertretern und zwei MSPD-Landtagsabgeordneten besteht. Diese sollen mit der Regierung verhandeln. Erhard Auer übernimmt die Aufgabe des Sprechers.

## **9. Februar 1918 – Die Ukraine unterzeichnet mit den Mittelmächten einen Separatfrieden**

Brest-Litowsk \* Zwischen der weitgehend von Bolschewisten besetzten Ukraine und den Mittelmächten wird in Brest-Litowsk ein Separatfrieden unterzeichnet. Dieser Brotfrieden soll die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte sichern. Zugleich wird die Ukraine wirtschaftlich eng an das Deutsche Reich gebunden.

## **10. Februar 1918 – Leo D. Trotzki beendet die Verhandlungen mit den Mittelmächten**

Brest-Litowsk \* Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo D. Trotzki, beendet in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den Mittelmächten aus Verärgerung über den am Tag zuvor abgeschlossenen Separatfrieden mit der Ukraine.

## **18. Februar 1918 – Die Mittelmächte nehmen die Kampfhandlungen wieder auf**

Brest-Litowsk \* Die Mittelmächte nehmen nach dem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen durch Leo D. Trotzki am 10. Februar die Kampfhandlungen im



Rahmen der „Operation Faustschlag“&nbsp;wieder auf.&nbsp;Generalquartiermeister&nbsp;Erich Ludendorff arbeitet auf die Abtrennung der gesamten baltischen Küste und Finnlands von Russland hin.&nbsp;

## **26. Februar 1918 – Russland kehrt wieder an den Verhandlungstisch zurück**

Brest-Litowsk \* Nach dem schnellen Vormarsch der Mittelmächte kehren die russischen Beauftragten für die Friedensverhandlungen wieder an den Verhandlungstisch in Brest-Litowsk zurück.

## **3. März 1918 – Paraphierung des Friedensvertrages von Brest-Litkowsk**

Brest-Litowsk \* Der Friedensvertrag von Brest-Litkowsk zwischen der Sowjetregierung und den Mittelmächten wird durch die Verhandlungsführer paraphiert. Russland verliert über 25 Prozent seiner Bevölkerung, 27 Prozent seines wirtschaftlich nutzbaren Bodens und muss die Unabhängigkeit von Finnland, Estland, Livland, Kurland, Litauen, Polen, Georgien, der Ukraine und von Teilen Armeniens anerkennen.

## **21. März 1918 – Die Große deutsche Frühjahrsoffensive beginnt**

Bapaume - Nordfrankreich \* Mit einem mehrstündigen, für die Gegenseite in seiner Massivität vollkommen unerwarteten „Sturm aus Feuer und Stahl“, wie man ihn bis dahin noch nicht erlebt hat, beginnen die deutschen Truppen die „Operation Michael“. Es ist die erste von fünf Schlachten der deutschen Frühjahrsoffensive, die zugleich der letzte Versuch des Deutschen Kaiserreichs ist, an der Westfront einen für die Mittelmächte günstigen Kriegsausgang zu erreichen. Was die Briten in der Flandernschlacht in zwei Wochen verschossen hatten, verbrauchen die Deutschen in nur wenigen Stunden. Es werden nicht nur Sprenggranaten, sondern auch Giftgas-Granaten verschossen. Schon am ersten Tag des Unternehmens kann die Verteidigung des Gegners durchbrochen werden. In den Folgetagen dringen die deutschen Truppen auf einer Breite von 80 Kilometern etwa 65 Kilometer tief in französisches Territorium ein. Die Entente soll zurückgeschlagen werden, ehe die US-Amerikaner in Europa landen. Dies würde, so die Überlegung Erich von Ludendorffs, das Deutsche Reich in eine gute Ausgangsposition bei den Friedensverhandlungen setzen. Die Offensive wird nur am Anfang erfolgreich sein, aber kein Triumphlauf werden. Die Übermacht der alliierten Streitkräfte, erhebliche Versorgungsprobleme und große Verluste sind Ursachen für den Untergang der



deutschen Truppen. Am ersten Tag der „Michael-Offensive“ werden auf deutscher Seite von 39.929 Mann 10.851 getötet, 28.778 verwundet und 300 Mann gefangen genommen. Von den eingesetzten 38.512 Briten fallen 7.512, etwa 10.000 werden verwundet und 21.000 gehen in Gefangenschaft.

---

#### **24. Juni 1918 – Staatssekretär Kühlmann fordert einen Vergleichsfrieden**

Berlin \* Noch vor dem französischen Gegenangriff von Villers-Cotterêts betont der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, dass es an der Zeit sei, den Gegnern die Hand zu einem Vergleichsfrieden zu reichen. „Bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte [wird] durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

---

#### **11. August 1918 – Die Tschechen dürfen an den Verhandlungen der Alliierten teilnehmen**

Washington \* Die USA erlauben die Teilnahme der Tschechen als kriegsteilnehmende Macht an den Verhandlungen der Alliierten.

---

#### **15. August 1918 – Ludwig III. befürwortet einen möglichst schnellen Friedensschluss**

München \* Bayernkönig Ludwig III. bevollmächtigt Ministerpräsident Otto von Dandl zu Verhandlungen mit den deutschen Bundesfürsten über ein gemeinsames Vorgehen bei der Reichsregierung. Ludwig III. befürwortet nach der verheerenden Niederlage der deutschen Militärs bei Amiens einen möglichst schnellen Friedensschluss.

---

#### **2. September 1918 – Reichskanzler Georg Graf von Hertling soll abgelöst werden**

Berlin \* Die deutschen Bundesfürsten drängen auf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Bundesrat für die Ablösung des aus Bayern stammenden Reichskanzlers Georg Graf von Hertling. Auch der bayerische Kronprinz Rupprecht hält Hertling für zu alt und „so gut wie willenlos“. Außerdem fordern sie sofortige Waffenstillstands-Verhandlungen.

---

#### **14. September 1918 – Kaiser Karl möchte einen Frieden unter Erhaltung der Monarchie**



Wien \* Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl bietet den Entente-Mächten nach vier Kriegsjahren und über einer Million Toten Friedensverhandlungen unter Erhaltung der Monarchie an. „Die österreichisch-ungarische Regierung hat beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die k. und k. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet.“

---

### **17. September 1918 – Ablehnung des österreichisch-ungarischen Vorschlages**

Washington - Wien \* US-Präsident Woodrow Wilson lehnt eine halbe Stunde nach Erhalt der Note den österreichisch-ungarischen Vorschlag vom 14. September für eine inoffizielle Konferenz ab. In der Begründung heißt es: „Wir haben wiederholt und in vollkommener Klarheit die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen die Vereinigten Staaten wegen eines Friedens verhandeln wollen, und wir können und wollen keinen Vorschlag in Erwägung ziehen für eine Konferenz über eine Angelegenheit, in der die Vereinigten Staaten ihre Stellung und Absichten bereits klar bekanntgegeben haben.“

---

### **3. Oktober 1918 – Die erste deutsche Friedensnote an die US-Regierung**

Berlin - Washington \* Die neue Regierung unter Reichskanzler Max von Baden unterbreitet dem US-Präsidenten Woodrow Wilson umgehend Vorschläge für einen sofortigen Waffenstillstand. Diese erste deutsche Friedensnote wird der US-Regierung über Schweizer Kanäle zugeleitet. Die Verhandlungen sollen auf der Basis der Friedensbedingungen aus Wilsons 14-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918 geführt werden.

---

### **5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich**

Deutsches Reich - Berlin \* Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert

---



wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

### **5. Oktober 1918 – Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung**

Rosenheim \* Der Rosenheimer Anzeiger bringt unter der Überschrift „Dem Frieden entgegen - Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung“ ein Extra-Blatt zur Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Reichstag heraus: „Im Verlauf seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede erstattete Reichskanzler Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung: ‚Dank des unvergleichlichen Heldentums unseres Heeres ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewusstsein lässt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewissheit darüber herbeiführen, ob das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluss des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober 1918 durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten‘. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch noch in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. (Am Schluss der Rede des Reichskanzlers ertönte wiederholter Beifall).“

### **5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand**

Berlin \* Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungfernrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er



unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

## 7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa \* Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

## 8. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson stellt erste Bedingungen

Washington - Berlin \* US-Präsident Woodrow Wilson antwortet auf das erste Waffenstillstandsersuchen der deutschen Regierung. Nur zögernd und misstrauisch übermittelt er seine Vorbedingungen. In seiner ersten Note fordert er den deutschen Rückzug aus den besetzten Gebieten. Weitere Forderungen werden folgen. Er wirft aber auch die Frage auf, „ob



der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“.

---

## **12. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung will Wilsons Forderungen nachkommen**

Berlin - Washington \* Die deutsche Reichsregierung erklärt sich in ihrer Antwort auf das amerikanische Schreiben bereit, die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson anzunehmen. Darunter befindet sich auch die Räumung der besetzten Gebiete. Besonders stellt die neue amtierende Regierung heraus, dass sie „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden ist. „In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

---

## **23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland**

Washington - Berlin \* US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

---

## **24. Oktober 1918 – Hindenburg fordert die Armee zum äußersten Widerstand auf**

Spa \* Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff erlassen ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler einen Heeresbefehl, in dem sie die Forderungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober 1918 als unannehmbar bezeichnen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordern. „Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten



unannehmbar. Sie ist der Beweis, dass der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand zu mit äußersten Kräften fortzusetzen.“ Die totale Niederlage vor Augen, vollzieht die militärische Führung nochmal eine Kehrtwende und flüchtet sich in die Wahnvorstellung eines immer noch möglichen Widerstandes, der einen ehrenvollen Frieden erzwingen soll. Das taktisch ungeschickte, aber wohl so beabsichtigte Vorgehen der Obersten Heeresleitung - OHL raubt der deutschen Regierung auch noch den allerletzten Verhandlungsspielraum.

---

### **25. Oktober 1918 – Die bürgerlichen Parteien wollen den SPD-Forderungen nicht nachgeben**

München-Kreuzviertel \* Die sozialdemokratische Landtagsfraktion nimmt nicht mehr an den Verhandlungen über die Änderungen der Bayerischen Verfassung teil, weil die bürgerlichen Parteien den SPD-Forderungen nicht nachgeben wollen.

---

### **27. Oktober 1918 – Österreich-Ungarn will Sonderfriedensverhandlungen**

Wien - Washington \* Österreich-Ungarn erklärt sich in einem Schreiben an den US-Präsidenten Woodrow Wilson zu Sonderfriedensverhandlungen bereit.

---

### **28. Oktober 1918 – US-Präsident Woodrow Wilson verlangt die Abdankung des Kaisers**

Washington - Berlin \* Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson verlangt die Abdankung des Kaisers als Voraussetzung für Friedensverhandlungen. Kaiser Wilhelm II. denkt aber nicht im geringsten an Rücktritt.

---

### **31. Oktober 1918 – Einigung über parlamentarische Reformen**

München-Kreuzviertel \* In interfraktionellen Verhandlungen zwischen der bayerischen Volksvertretung und der Regierung einigt man sich auf die Einführung der Verhältniswahl und der Reform der Reichsrätekommer.

---

### **5. November 1918 – Bereitschaft der Alliierten zu Waffenstillstandsverhandlungen**



Washington - Berlin \* US-Präsident Woodrow Wilson teilt der deutschen Regierung die Bereitschaft der Alliierten zu Waffenstillstandsverhandlungen mit. Der französische Marschall Ferdinand Foch wird ermächtigt, die deutsche Regierung zu empfangen.

### **6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen**

Washington - Berlin - Spa \* Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

### **7. November 1918 – Die Winzerer-Fäห์ndl Armbrustschützengilde verpasst die Revolution**

München \* Die Mitglieder der Winzerer-Fäห์ndl Armbrustschützengilde halten ihre Ordentliche Hauptversammlung ab. Der 1. Schützenmeister gibt darin einen kurzen Kommentar zur allgemeinen Lage wieder, der vom „deutschen Ersuchen um Waffenstillstandsverhandlungen“ gezeichnet ist. Als die 17 Winzerer auseinander gehen, ist König Ludwig III. bereits aus der Residenz geflohen.

### **7. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen haben begonnen**

München \* Bayerns Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich gibt in einem Aufruf bekannt: „Die Waffenstillstandsverhandlungen sind im Gang, sie werden baldigst zum Abschluss kommen.“ Und dann: „Jetzt gilt es erst recht, Ruhe und Ordnung zu wahren. Innere Unruhen



anstiften, hieße den Krieg noch mal beginnen.“ Eine Variation des alten und sattem bekannten Spruchs: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ Dahinter verbirgt sich sicherlich auch die Angst vor eventuellen Ausschreitungen und Unruhen, denn für den Nachmittag des selben Tages haben die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen zu einer gemeinsamen Versammlung auf der Theresienwiese eingeladen.

## **8. November 1918 – Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns**

München - Freistaat Bayern \* In den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen Ministerpräsident Kurt Eisner und der Bauernführer Ludwig Gandorfer einen Aufruf An die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem sie die Notwendigkeit der Revolution darstellen und die Friedensbemühungen der Regierung Eisner schildern. „Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heiß ersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verbindung getreten.“ Zugleich verspricht man den militärischen Schutz der Grenzen Bayerns und eine geordnete Demobilisierung, „damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerke zerstören, unmöglich werden!“ Daneben werden sie zu reger Lebensmittelablieferung für die Städte aufgefordert.

## **8. November 1918 – Für die Niederschlagung der Revolution ist es zu spät**

München \* Gegen Mittag ruft Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich die den Ministerpräsidenten Otto von Dandl und den Kultusminister Dr. Eugen Ritter von Knilling sowie den bayerischen MSPD-Vorsitzenden Erhard Auer zu sich. Bei der Besprechung setzt Auer die Herren von den bevorstehenden Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung für den Freien Volksstaat Bayern, die vermutlich zum Ziele führen werden. Für die Niederschlagung der Revolution durch die derzeitige Regierung ist es zu spät.

## **8. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne**

Compiègne \* Die Deutsche Abordnung zum Abschluss des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen mit dem Staatssekretär Matthias Erzberger an seiner Spitze, reist zu Verhandlungen mit Marschall Ferdinand Foch. Als Verhandlungsort hat die französische Seite einen Eisenbahnwaggon in einem Waldstück der Gemeinde Rethondes bei Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Die



Delegation wird von Marschall Foch mit den Worten „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?“ begrüßt. Auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen Waffenstillstand entgegen zu nehmen, antwortete Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen.“

Er legt dafür eine fertige Liste mit Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung vor. Vor allem die Franzosen, auf deren Boden der Krieg vier Jahre gewütet und gewaltige Zerstörungen hinterlassen hatte, fordern eine drakonische Bestrafung des Deutschen Reiches.

### **11. November 1918 – Matthias Erzberger unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen**

Compiègne \* Staatssekretär Matthias Erzberger, ein liberaler Politiker der katholischen Zentrumspartei, unterzeichnet für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen im französischen Compiègne. Einen großen Verhandlungsspielraum ließ die von Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Liste mit den Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung, nicht zu. Da der deutschen Delegation die Bedingungen als sehr hart erscheinen, sucht Erzberger Rücksprache mit dem neuen Reichskanzler Friedrich Ebert. Dieser weist den Leiter der Verhandlungskommission nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Paul von Hindenburg, an, den „Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen“ anzunehmen. Der Vertrag wird am 11. November zwischen 5:12 Uhr und 5:20 Uhr französischer Zeit unterzeichnet. Um 11 Uhr enden damit die kriegerischen Auseinandersetzungen. 188.000 bayerische Soldaten sind im Ersten Weltkrieg gefallen, mehrere Hunderttausend wurden verwundet.

### **11. November 1918 – Die Oberste Heeresleitung soll die Disziplin aufrecht erhalten**

Berlin \* Der Rat der Volksbeauftragten ermächtigt die Oberste Heeresleitung - OHL, Anordnungen zu treffen, mit denen die notwendige Disziplin aufrecht erhalten werden soll. Dagegen gibt es heftige Proteste der Soldatenräte, was die Regierung zur Präzisierung seiner Anordnung zwingt. Die Ermächtigung soll nur für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen gelten.

### **11. November 1918 – Frankreich fordert die sofortige Rückgabe von Elsass-Lothringen**

Compiègne • Teil der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich in Compiègne ist die sofortige Rückgabe von Elsass-Lothringen.



### **15. November 1918 – Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband**

Berlin \* Die Gewerkschaften sehen die Chance, endlich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Fragen anerkannt zu werden. In Zukunft sollen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, die zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die beiden Verhandlungsführer Hugo Stinnes, mächtiger Schwerindustrieller sowie Verhandlungsführer der Unternehmerseite, und Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, unterzeichnen ein weitreichendes, die genannten Punkte beinhaltendes Abkommen.

---

### **18. November 1918 – Verhandlungen für eine Vorläufige Verordnung für Soldatenräte**

München \* Im Ministerium für militärische Angelegenheiten finden zwischen dem 18. und 22. November 1918 die Verhandlungen für eine Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte statt.

---

### **19. November 1918 – Ein offenes Bekenntnis der Schuld übernehmen**

Bern - München \* Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner erhält von dem amerikanischen Pazifisten George Davis Herron ein Telegramm, in dem es heißt: „Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass ihre Regierung vertrauenswürdig ist.[...] Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegsführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. [...] Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.“ Diese Ratschläge entsprechen Eisners eigenen Erfahrungen und Intentionen bis ins Detail. Doch welche Handlungsmöglichkeiten stehen ihm konkret offen, da der Rat der Volksbeauftragten in Berlin, der aus je drei SPD- und USPD-Männern besteht, wobei die Letztgenannten über eine Statistenrolle nicht hinauskommen, kaum eigene Schritte zu Friedensverhandlungen unternehmen wird.

---

### **25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen**



Berlin \* Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigen Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

## **9. Dezember 1918 – Ein Eid auf die Republik und die provisorische Regierung**

Berlin \* Bei Verhandlungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat wird ein Kompromiss gefunden, der den am nächsten Tag einziehenden Frontsoldaten erlaubt, Munition mitzuführen, aber keine Maschinengewehre, keine schweren Waffen und keine Panzerfahrzeuge. Die Truppen müssen sich verpflichten, „ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen“. Reichskanzler Ebert vereidigt einige dieser Einheiten - symbolisch für das gesamte Offizierskorps - auf die Republik und die provisorische Regierung.

## **13. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision ist zu Verhandlungen bereit**

Berlin \* Die Führung der Volksmarinedivision ist bereit, mit der Stadtkommandantur über die Reduzierung der Mannschaftsstärke auf 600 Matrosen und die Räumung des Stadtschlusses und des Marstall zu verhandeln. Die Vereinbarung wird zunächst nicht umgesetzt, weil die Matrosen die Zusage wollen, dass die Entlassenen in die Republikanische Schutztruppe übernommen werden.

## **23. Dezember 1918 – Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden**



Berlin \* Als die Truppen des Generalkommandos gegen 22 Uhr eintreffen sind in Verhandlungen Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden. Auch die Freilassung von Otto Wels und seinen mitgefangenen Mitarbeitern ist besprochen. Es herrscht Einigkeit. Aber die Truppen des Generalkommandos wollen den Kampf.

---

### **23. Dezember 1918 – Verhandlungen ohne die USPD-Volksbeauftragten**

Berlin \* Um 23 Uhr findet in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen dem Kriegsminister Heinrich Schöuch und den MSPD-Volksbeauftragten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg statt. Der Koalitionspartner, die USPD-Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth sind nicht anwesend und werden auch an den weiteren Vorbereitungen nicht beteiligt. Immer wieder wird der Kontakt mit der Führung der Volksmarinedivision hergestellt, ob der Stadtkommandant Otto Wels und seine beiden mitgefangenen Mitarbeiter inzwischen freigelassen worden sind.

---

### **24. Dezember 1918 – Ein gesichtswahrendes Verhandlungsergebnis**

Berlin \* Eine Besprechung wird in der Universität anberaumt, die die Bevollmächtigten der Regierung unter der Leitung des USPD-Vorsitzenden Georg Ledebour geführt wird. Es wird beschlossen: Die Truppen des Generalkommandos ziehen mit allen militärischen Ehren aus der Stadt. Die Matrosen bleiben bewaffnet. Die Volksmarinedivision räumt das Stadtschloss und den Marstall. Sie wird - wie bereits vorgesehen - von 1.500 auf 600 Mann reduziert. Die entlassenen Matrosen werden in die Republikanische Soldatenwehr integriert.

---

### **26. Dezember 1918 – Die Zeitungsbesetzer geben den Vorwärts wieder frei**

Berlin \* Nach langwierigen Verhandlungen geben die Zeitungsbesetzer den Vorwärts wieder frei. Das allerdings unter der Auflage, dass in der nächsten Ausgabe eine Erklärung der Revolutionären Obleute abgedruckt werden muss.

---

### **27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage**

Stuttgart \* In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton



Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

## **6. Januar 1919 – Verhandlungsversuche mit Reichskanzler Friedrich Ebert**

Berlin \* Der Revolutionsausschuss verhandelt auf Vermittlung der USPD-Leitung mit Reichskanzler Friedrich Ebert. Die zwölfköpfige Verhandlungskommission besteht aus sechs Vertretern der USPD und der gleichen Zahl der Revolutionären Obleute. Die KPD will sich an den Verhandlungen nicht beteiligen.

## **7. Januar 1919 – Die Verhandlungen mit der Regierung werden vertagt**

Berlin \* Am Nachmittag sind die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und



Reichskanzler Friedrich Ebert sowie dem Rat der Volksbeauftragten kurz vorm Scheitern. Man verlegt sich auf den nächsten Tag.

---

### **8. Januar 1919 – Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan**

Berlin \* Die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und dem Rat der Volksbeauftragten scheitern an der beiderseitigen Kompromissunfähigkeit. Damit ist die Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan.

---

### **17. Januar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung des Kohlebergbaus**

Essen - Berlin \* Die Essener Neuerkommission führt in Berlin Verhandlungen zur Sozialisierung des Kohlebergbaus. Die Essener Sozialisierungsbestrebungen werden weder von der Reichsregierung noch von der zentralen Gewerkschaftsführung unterstützt. Die Erfolge der Neuerkommission sind überschaubar.

---

### **18. Januar 1919 – Nuntius Pacelli soll noch nicht zurückkehren**

München \* Als Erzbischof Michael von Faulhaber von Lorenzo Schioppa, der rechten Hand des Nuntius Eugenio Pacelli, nach der Wahl der Nationalversammlung gefragt wird, ob der Nuntius aus der Schweiz wieder nach München zurückkehren könne, antwortet Faulhaber: „Nach Lage der Dinge wird Ministerpräsident Eisner sofort wieder versuchen, eine amtliche Verbindung mit Monsignore Pacelli zu gewinnen, und die bayerischen Bischöfe werden in dieser Verbindung eine Legitimierung der Revolutionsregierung und ein Ärgernis für das ganze Land erblicken. Die bayerischen Bischöfe haben sich nämlich damals geweigert, die früheren königlichen Konkordatsrechte (z.B. bei Besetzung der Pfarreien) ohne weiteres auf die neue Regierung zu übertragen, und haben deshalb die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Für die kirchenpolitische Lage in Bayern wäre es verhängnisvoll gewesen, wenn damals auch nur der Schein amtlicher Beziehungen zwischen dem auswärtigen Ministerium und der Nuntiatur entstanden wären.“

---

### **27. Januar 1919 – Kasernenräte planen eine Massendemonstration gegen Offiziere**

München \* Die Kasernenräte planen eine Massendemonstration gegen die Offiziere der

---



Münchner Garnison. In Verhandlungen kommt der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, den Organisatoren so weit in ihren Forderungen entgegen, dass sie von weiteren Aktionen absehen.

## **13. Februar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung der Bergbaubetriebe**

Weimar - Essen \* In Weimar beginnen die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Essener Neunkommission, dem Bezirksbetriebsrat Halle, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Die Regierung weigert sich, den Betriebsräten außer sozialpolitischen Rechten weitere Funktionen im wirtschaftlichen und politischen Raum zuzugestehen. Der umfassende Kontrollanspruch der Arbeiterräte wird abgelehnt.

## **21. Februar 1919 – Die Kommunisten verlangen die sofortige Ausrufung der Räterepublik**

München \* Es ist ein ähnliches Machtvakuum entstanden wie am 7. November 1918. Alleine die Räte verfügen noch über ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit. Niemand ist mehr an der Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten interessiert. Die Kommunisten um Max Levien verlangen die sofortige Ausrufung der Räterepublik. Verhandlungen mit den Mehrheitssozialisten lehnen sie als Verrat ab. Die Kommunisten sind aber prinzipiell zur Zusammenarbeit mit der USPD bereit. Auch gegen Kurt Eisner haben sie plötzlich nichts mehr einzuwenden und loben - jetzt, wo es freilich zu spät ist - in einem Aufruf an das bayerische Proletariat sein ehrliches und edles Streben, das „Ideal des Sozialismus“ zu verwirklichen. Ausgerechnet die radikale Linke, die zu seinen Lebzeiten scharf gegen Eisner Stimmung gemacht hat, nimmt jetzt für sich in Anspruch, sein Vermächtnis verwirklichen zu wollen.

## **22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken**

München \* Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien“. Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird“, und ein Programm

## 21. März 1919 – Zuhörer stürmen den Sitzungssaal im Gerichtsgebäude am Mariahilfplatz

### 10. April 1919 – Einsetzung von Revolutionstribunalen bekanntgegeben

[illegible]



Gefängnis, die höchste Geldbuße beträgt 5.000 Mark. Die Revolutionstribunale bestehen aus vier Gerichten, die in Permanenz, also Tag und Nacht tagen. Jedes Gericht besteht aus sieben Richtern und einem Juristen als Beisitzer. Hinzu kommt ein Verteidiger, den der/die Angeklagte selbst wählen darf. Die Verhandlungen sind öffentlich, die Urteile werden sofort vollstreckt. Von den 28 Richtern gehören je fünf der SPD, der USPD, der KPD und dem Bauernbund an. Vier Richter sind Mitglieder des Revolutionären Arbeiterrats, vier weitere den parteilosen Anarchisten.

### **16. April 1919 – Ernst Toller setzt auf Verhandlungen mit den Angreifern**

Dachau \* Ernst Toller, der zwischenzeitlich zum Abschnitts-Kommandanten der bei Dachau stationierten Roten Armee ernannt worden ist, verweigert Rudolf Egelhofers Befehl, die Stadt mit Artillerie zu beschießen. Toller will mit den Angreifern verhandeln. Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, gelingt der Roten Armee ein weiterer Sieg über die Regierungstruppen. Egelhofers Befehl, die gefangen gesetzten Offiziere standrechtlich zu erschießen, wird von Ernst Toller erneut verweigert. Er setzt auch weiterhin auf Verhandlungen und die Vernunft beider Seiten. Damit erreicht er zwar einen Waffenstillstand, der jedoch den Regierungstruppen die dringend notwendige Atempause verschafft, um sich zu sammeln und um den Gegenschlag vorzubereiten. Außerdem ersuchen die Weißen in Berlin um Verstärkung nach. Die Weißen Truppen haben Dachau bedingungslos übergeben. Der Roten Armee fallen mehrere Millionen Schuss Infanterie-Munition, 4 Geschütze, 3 Maschinen-Gewehre, Sanitätsfahrzeuge und anderes Material in die Hände. „Wir machten mehrere Hundert Gefangene, darunter 4 Offiziere. Wir beklagen 8 Tote und eine Zahl Verwundete. Unsere Arbeiter und Truppen schlugen sich hervorragend. Unsere Truppen sind über Dachau hinaus vorgestoßen“, heißt es in einem Flugblatt des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Münchens vom 17. April.

### **19. April 1919 – Die Regierung Hoffmann genehmigt das Freikorps Oberland**

Bamberg - München \* Der Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff erhält nach kurzen Verhandlungen von der Bamberger Regierung die Ermächtigung, in Treuchtlingen das Freikorps Oberland aufzustellen. Das Freikorps Oberland setzt sich aus dem Kampfbund Thule und aus Freiwilligen zusammen, die in Treuchtlingen und Eichstätt angeworben werden.

### **27. April 1919 – Im Hofbräuhaus eskaliert schließlich der Konflikt**



München-Graggenau \* Im Festsaal des Hofbräuhauses eskaliert nun der Konflikt zwischen den Befürwortern und Gegnern der Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann. Verhandlungen mit der Bamberger Regierung sind jedoch nicht mehr möglich, da sowohl die Regierung des Freistaats Bayern als auch die Reichsregierung die Bedingungslose Kapitulation und die Auslieferung aller Führer fordern. „Die Verhältnisse in Südbayern haben sich nunmehr durch Verschulden des Münchener Terrors zum direkten Kriegszustand entwickelt. [...] Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft und unterdrückt werden. Verhandlungen, Besprechungen und Abmachungen mit den Volksfeinden, die unser Südbayern ins Unglück gestürzt haben, sind vergeblich“. Durch diese unnachgiebige Haltung sehen die Kommunisten keine andere Wahl, als bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Sieg oder Niederlage - dazwischen gibt es für sie keine Alternative.

---

### **3. Mai 1919 – Rudolf Egelhofer wird ohne Gerichtsverhandlung erschossen**

München-Graggenau \* Der im Keller der Residenz inhaftierte Rudolf Egelhofer wird in aller Frühe zum Verhör geholt. Wenig später wird er mit einem Kopfschuss getötet. Da der Exekution keine Gerichtsverhandlung vorausgeht, handelt es sich bei der Erschießung Rudolf Egelhofers um vorsätzlichen Mord. Ernst Toller schreibt später in seinen Erinnerungen: „Egelhofers Gegner nannten ihn einen Bluthund, in Wahrheit war er ein sensibler Mensch, den erst das Erlebnis der Kieler Matrosenaufstände hart und mitleidlos gemacht hat“.

---

### **3. Mai 1919 – Die Emotionen der Regierungssoldaten werden aufgepuscht**

München \* Bei der Gerichtsverhandlung im Oktober 1919 wegen der Ermordung der 21 Kolpinggesellen erklärt der angeklagte Schütze Jakob Müller, dass ihm und seinen Kameraden von den Vorgesetzten gesagt wurde, die Spartakisten haben am 2. oder 3. Mai in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofs eine achtzig Mann starke Patrouille von Regierungssoldaten bis auf vier Mann niedergemetzelt. Diese Falschinformationen lassen bei den Soldaten freilich den Hass auf die Roten ins Unendliche wachsen.

---

### **10. Juni 1919 – Die Verhandlungen über die Fürstenabfindung beginnen**

München-Kreuzviertel \* Aufgrund der politischen Wirren leitet die Kommission zur Fürstenabfindung erst jetzt Verhandlungen ein. Es geht dabei „um die finanzielle Auseinandersetzung des Königlichen Hauses mit dem Staat und zwar, wenn möglich, auf allen



Gebieten, auf welchen finanzielle Berührungen bestehen“. Die Verhandlungen dauern vier Jahre an und werden mit dem festen Willen einer einvernehmlichen Lösung geführt.

---

### **16. Juni 1919 – Erste Verhandlungen zur Fürstenabfindung**

München-Kreuzviertel \* Bei der ersten Zusammenkunft der Verhandlungsführer fordert die Kommission zur Fürstenabfindung einen Katalog der Wittelsbachischen Gesamtforderungen.

---

### **8. Dezember 1919 – Weitere Verhandlungen zur Fürstenabfindung**

München-Kreuzviertel \* Zwischen dem 8. und 20. Dezember 1919 finden weitere Verhandlungen über die Fürstenabfindung statt.

---

### **Oktober 1921 – Die Volkshochschule München will ins Isartor**

München-Graggenau \* Die Volkshochschule München Akademische Arbeiterkurse e.V. nimmt Verhandlungen mit dem Münchner Stadtrat auf, um im Isartor ein festes Zentrum einrichten zu können.

---

### **14. Juni 1922 – Verhandlungen über den Wittelsbacher Ausgleichfonds**

München-Kreuzviertel \* Der Ministerrat befasst sich mit der Fürstenabfindung. Die ausgehandelten Vermögenswerte sollen in einem Wittelsbacher Ausgleichsfonds, einer Stiftung des öffentlichen Rechts, eingebracht werden.

---

### **26. Februar 1924 – Der Hitler-Ludendorff-Prozess beginnt**

München-Neuhausen • Bis zum 1. April 1924 findet die Hauptverhandlung an 25 Verhandlungstagen gegen die Angeklagten Adolf Hitler, Erich Ludendorff, Ernst Pöhner, Wilhelm Frick, Heinz Otto Kurt Pernet, Ernst Röhm, Hermann Kriebel, Friedrich Weber, Wilhelm Friedrich Karl Brückner und Robert Wagner statt. Ursprünglich sollte die Verhandlung im Gerichtsgebäude am Mariahilfplatz in der Au durchgeführt werden, dann erwog man aus Sicherheitsgründen die Gefangenenanstalt Landsberg am Lech als Verhandlungsort. Schließlich



entschied man sich aber für die Räume der ehemaligen Kriegsschule in der Blütenburgstraße in München.

### **5. Januar 1927 – Das Landgericht München I hebt die einstweilige Verfügung wieder auf**

München \* Das Landgericht München I hebt in der Widerspruchsverhandlung die einstweilige Verfügung wieder auf, die Hermann Haller gegen das Valentin-Karlstadt-Bühnenstück „Im Senderaum“ am 21. Dezember 1926 erwirkt hatte. Theaterdirektor Hermann Haller zieht nach dieser Niederlage vor das Oberlandesgericht München. Und nachdem er auch dort nicht zu seinem Recht kommt, zieht er vor das Reichsgericht in Leipzig.

### **22. Juli 1937 – Kanzelmissbrauch und Heimtückegegesetz**

München \* Am 22. und 23. Juli 1937 findet die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht München statt. Pater Rupert Mayer wird wegen Kanzelmissbrauchs und Verstoß gegen das Heimtückegegesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe muss der Verurteilte nicht absitzen, weil er sich laut Urteilsbegründung, „im Felde äußerst tapfer benommen hat“ sowie „schwer kriegsbeschädigt ist“. Obwohl Rupert Mayer als Überzeugungstäter eingestuft wird („... sich der Angeklagte bewußt war, daß das Kirchenvolk seinen Äußerungen eine weit stärkere Bedeutung beimaß als den Äußerungen irgendeines mehr oder weniger bekannten Geistlichen.“), zögert der NS-Staat, wegen dessen Popularität und der Machtstellung der katholischen Kirche noch härter gegen den Priester vorzugehen.

### **22. Januar 1938 – Vertrauliche Verhandlungen über den Abbruch der Matthäuskirche**

München-Ludwigsvorstadt \* Vertrauliche Verhandlungen zwischen der Sonderbaubehörde Ausbau der Hauptstadt der Bewegung und der evangelischen Landeskirche über den Abbruch der Matthäuskirche aus verkehrstechnischen Gründen beginnen.

### **Mai 1938 – Verhandlungen über den Verkauf von Cenovis-Anteilen beginnen**

München-Au - Berlin \* Die Cenovis-Werke nehmen Verhandlungen mit der Maggi Gesellschaft mbH in Berlin über den Verkauf der sich noch in jüdischem Besitz befindlichen Unternehmensanteile auf. Die Gespräche stehen im Zusammenhang mit dem zunehmenden



wirtschaftlichen Druck auf jüdische Unternehmer und Anteilseigner im nationalsozialistischen Deutschland und markieren einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischen Eigentums aus der deutschen Wirtschaft.

---

### **10. Juni 1938 – Trotz Verhandlungen eine Abrissfirma beauftragt**

München - München-Ludwigsvorstadt \* Am Vormittag beschäftigt sich der Landeskirchenrat mit den Abrissplanungen der Matthäuskirche und bestätigt und ergänzt die Beschlüsse der Kirchenverwaltung der Matthäuskirche. In einer Besprechung im Innenministerium um 13 Uhr werden die Beschlüsse dargelegt. Am Abend wird die evangelische Gemeinde benachrichtigt, dass das Innenministerium bereits eine Abrissfirma beauftragt hat. Die Abbrucharbeiten sollen am 13. Juni beginnen.

---

### **11. Juni 1938 – Landesbischof Meiser interveniert gegen den Abriss der Matthäuskirche**

München-Ludwigsvorstadt \* Der evangelische Landesbischof Dr. Hans Meiser interveniert am Vormittag gegen den Abriss der evangelischen Matthäuskirche. Da Meiser unter den gegebenen Umständen sich weiteren Verhandlungen verweigert, zieht das Innenministerium den Auftrag an die Baufirma vorläufig zurück. Um 16 Uhr erklärt sich Gauleiter Adolf Wagner bereit, auf die vom Landeskirchenrat erarbeiteten Forderungen einzugehen. Als vorläufiger Versammlungsraum wird der Matthäus-Kirchengemeinde der Weiße Saal in der ehemaligen Augustinerkirche, der inzwischen zum Polizeipräsidium gehört, zugesichert.

---

### **21. August 1944 – Freiherrn Ludwig von Leonrod wird zum Tode verurteilt**

Berlin \* In der Hauptverhandlung gegen Freiherrn Ludwig von Leonrod wird Dr. Hermann Wehrle als Zeuge dem Angeklagten gegenüber gestellt. Ludwig von Leonrod wird zum Tode verurteilt.

---

### **9. Januar 1945 – Die Hauptverhandlung gegen Alfred Delp in Berlin beginnt**

Berlin \* Die Hauptverhandlung gegen Alfred Delp vor dem Volksgerichtshof in Berlin beginnt. „Hitlers Blutrichter“, der Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Roland Freisler, führt die Verhandlung und beschimpft den Angeklagten mit den Worten: „Sie Jämmerling, Sie pfäffisches Würstchen - und so etwas erdreistet sich, unserem geliebten Führer ans Leben zu wollen.“

---



[...] Eine Ratte - austreten, zertreten sollte man so was.“

---

### **11. Januar 1945 – Die Hauptverhandlung gegen Franz Sperr beginnt**

Berlin \* Die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof gegen Franz Sperr beginnt. Er kam durch Aussagen und Unterlagen von Mitgliedern des Kreisauer Kreises nach dem misslungenen Attentat auf Hitler in die Fänge der Gestapo.

---

### **1948 – Dr. Alfred Haas will sein Sommerhaus in Bernried zurück**

Bernried \* Dr. med. Alfred Haas stellt den Antrag auf Rückerstattung seines Anwesens und Sommerhauses in Bernried. Doch die Verhandlungen mit dem Gemeinderat und dem Landratsamt ziehen sich über acht Jahre hin.

---

### **9. Januar 1948 – Verhandlungen zur Übernahme des Maffei-Kraftwerks am Eisbach**

München-Englischer Garten - Tivoli - Hirschau \* Philipp Mathes, der Direktor der Kunstmühle Tivoli beginnt mit der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen über die Übernahme des Kraftwerks des ehemaligen Maffei-Kraftwerks am Eisbach zu verhandeln.

---

### **Juni 1948 – Der TSV München Ost bekommt einen Platz an der Sieboldstraße**

München-Au \* Nach längeren Verhandlungen stellte die Stadt München dem Traditions-Sportverein TSV München Ost einen Platz an der Sieboldstraße in der Hochau zur Verfügung.

---

### **13. Dezember 1948 – Der Prozess gegen den Scharfrichter Johann Reichhart beginnt**

München \* Der Prozess gegen den Scharfrichter Johann Reichhart vor der Spruchkammer IV beginnt. Er wird als Hauptschuldiger angeklagt und nach zweitägiger Verhandlung als „belastet“ eingestuft und verurteilt.

---

### **25. November 1966 – Kiesingers Verhandlungen mit der FDP scheitern**



Bonn \* Die Verhandlungen Kurt Georg Kiesingers [CDU] mit der FDP zur erneuten Regierungsbildung scheitern.

---

### **17. Juli 1985 – Abriss des Karl-Valentin-Geburtshauses abgelehnt**

München - München-Au \* Der Planungsausschuss des Stadtrats lehnt den Antrag auf Abriss des „Karl-Valentin-Geburtshauses“ in der Zeppelinstraße 41 ab und tritt mit den Eigentümern, Bernhard Sprenger und Evelyn Hofer, in Verkaufsverhandlungen ein.

---

### **26. April 1986 – Die Katastrophe von Tschernobyl führt zum Umdenken**

München-Untergiesing \* Ein Wasserkraftwerk an der Bäcker-Kunstmühle entsteht. Die Verhandlungen zwischen Günter Tremmel und der Landeshauptstadt München ziehen sich bereits sieben Jahre hin, bis sich schließlich die Katastrophe im Kernkraftwerk von Tschernobyl ereignet. Diese führt dazu, dass sich erstmals breite Gesellschaftsschichten mit den Gefahren der Kernkraft konfrontiert sehen. Die bislang nur in kleinen Gesprächszirkeln diskutierten Fragen nach alternativen Energie- und Technologieformen erfasst nun auch das Interesse der Öffentlichkeit und führen zum Umdenken. Nicht mehr einzelne Energieformen sind gefragt, sondern ein Mix aus einer Vielzahl von alternativen und wieder erneuerbaren Energien werden das Ziel, Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomkraft werden erstmals laut formuliert.

---

### **Oktober 1986 – Tschernobyl beschleunigt die zähen Verhandlungen mit der Stadt**

München-Untergiesing \* Tschernobyl beschleunigt auch die zähen Verhandlungen mit der Stadt, sodass ein auf dreißig Jahre befristeter Pachtvertrag unterschrieben werden kann.

---

### **1. Februar 1996 – Rudolph Moshhammer zieht sich vom Projekt Valentin-Geburtshaus zurück**

München-Au \* Der Modeschöpfer Rudolph Moshhammer zieht sich - völlig frustriert und regelrecht verbittert sowie unter einem Wust von Vorwürfen gegenüber der Landeshauptstadt München - von dem Projekt Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 zurück. Den Bezirksausschussvorsitzenden Hermann Wilhelm bezeichnet er in diesem Zusammenhang als „Vereinsmeier ohne Durchblick“. Er selbst empfindet sich als ein „Opfer von

---



Zauderern“ im Planungsreferat. Der Herrenschneider wörtlich: „Das ganze Land befindet sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise, seit seinem Bestehen. Eine Krise, die sich in Zukunft nur noch verschlimmern wird.“&nbsp;Und weiter: „Angesichts einer solchen Zukunft dürfte man eigentlich gar nichts mehr investieren.“ &nbsp;Zuvor war in mehreren Anträgen des Bezirksausschusses&nbsp;und verschiedenen Bürgerversammlungen gefordert worden, die Verhandlungen mit dem Münchner Modezaren&nbsp;wegen „offensichtlichem Desinteresse“ einzustellen. Die bereits im Herbst 1993 eingereichte Bewerbung des Nachbarn Klaus Schmidt wird an den Planungsausschuss weitergeleitet.&nbsp;

## **1. September 1996 – Die Verkaufsverhandlungen sind kurz vorm scheitern**

München-Au \* Beinahe wären die Verkaufsverhandlungen für das Projekt Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 gescheitert. Dipl.-Ing. Klaus Schmidt: „Ich war schon kurz vor dem Hinschmeißen - wegen der Auflagen und der Kosten“. Nun scheint alles perfekt. Und höchste Zeit ist es geworden. Das Gebäude ist schon 20 Zentimeter in den sandigen Kiesboden eingesackt. Risse durchziehen die Wände. Damit das Haus nicht auseinander fällt, mussten von außen Quer- und Stützbalken angebracht werden.

## **Oktober 2005 – Die Residenzpost wird an eine Bietergesellschaft verkauft**

München-Graggenau \* Eine Bietergemeinschaft bestehend aus der Accumulata Immobilien Development und der LBBW-Immobilien, einer Tochter der Landesbank Baden-Württemberg, erwirbt die ehemalige Residenzpost. Die beiden Firmen haben ambitionierte Pläne für das Gebäude und wollen auf dem rund 4.300 Quadratmeter großen Grundstück ein Luxushotel der Extraklasse entstehen lassen, mit 160 bis 190 Zimmer, passend zur exklusiven Lage. 300 bis 390 Millionen Euro soll das Projekt kosten. Im Gebäude können neben den Hotelzimmern und Suiten, Konferenzräume, ein Ballsaal, ein Wellnessbereich und edle Boutiquen Platz finden. Während die Verhandlungen mit möglichen Investoren geführt werden, beantragen die Eigentümer eine alternative Nutzung. Diese ist ein Mix aus Gastronomie und Geschäften. So findet sich hier die Diskothek „8seasons“, der Feinkosthändler Käfer, das Café L’Opera und andere mehr, darunter auch der Schuhhersteller „Ed. Meier“.

## **31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen



und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben herhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.

---